

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Druckerei: Druckerei des Dresdner Nachrichten, Dresden, Poststraße 10.

Verlag: Verlag des Dresdner Nachrichten, Dresden, Poststraße 10.

Medekampf zwischen Brüning und Hitler

Neue Interviews zur Außenpolitik

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Dez. Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler ist gestern wieder in Berlin eingetroffen. Infolge dieses neuerlichen Aufenthalts in der Reichshauptstadt war das Gerücht verbreitet worden.

Hitler werde heute vom Reichspräsidenten empfangen werden oder habe zum mindesten um eine Audienz nachgehakt. Wie wir hören, ist weder das eine noch das andere zutreffend. Hitlers Abflug scheint vielmehr darin zu liegen zu sein, daß er für notwendig hält neuerdings Erklärungen vor der ausländischen Presse abzugeben, um den Ergebnissen einer Pressekonferenz für ausländische Pressevertreter, die der Reichskanzler gestern veranstaltet hat, entgegenzutreten.

In dieser Pressekonferenz, deren Ergebnis sich heute in den englischen Zeitungen findet, erwähnte Brüning „gewisse Interviews“.

womit natürlich die Hitler-Interviews gemeint sind. Er betonte, daß die Regierung mit der größten Energie dafür sorgen werde, daß die gesamtstaatliche und verfassungsmäßige Regierung in Deutschland an der Macht bleibe, und fuhr dann fort: „Wenn die Welt der Ansicht ist, daß der Nationalsozialismus in Deutschland eine so große Gefahr für sie sei, dann muß sie auch anerkennen, daß diese Gefahr nicht existieren würde, wenn man Deutschland diejenige Unterstützung und diejenige Hilfe anstellt, die man Deutschland wenn auch seinen anderen Verbänden, so doch auch Verbänden der Weltwirtschaft leisten sollte.“ Im weiteren Verlauf dieses Interviews erklärte Brüning dann noch: „Meine Politik hat weder den Zweck, einen Nationalsozialismus einzuführen, noch auch einen Nationalsozialismus an die Stelle des freien Kapitalismus zu setzen. Ein solches Experiment muß durchgeföhrt werden. Dies ist nicht möglich ohne eine Regelung der Reparationsfrage, die auf der Anerkennung der Wahrheit und der Tatsachen beruht.“

Adolf Hitler wollte bereits heute die ausländischen Pressevertreter abermals empfangen, um auf die Kanzlerrede zu antworten, aber amerikanische Pressevertreter, die heute auf diese Meldung hin im Hotel Kaiserhof anfragten, wurde vom Sekretariat des Parteiführers mitgeteilt, daß dieser Empfang auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei.

Inzwischen liegt ein weiteres Interview vor, das Hitler den beiden indischen Nationalsozialistischen Abgeordneten Hans Krebs und Rudolf Kasper als Vertreter der indischen Nationalsozialistischen Partei im Braunes Haus in München abgegeben hat.

Hitler erklärte u. a. folgendes: „In England vollzieht sich gegenwärtig ein bedeutender Umbruch in der öffentlichen Meinung.“

Frankreich ist mit seiner Militär- und Goldpolitik auf dem besten Wege, sich zum Weltführer zu machen. Auch in Amerika und Italien wächst die antikommunistische Stimmung von Tag zu Tag. In manchen Ländern, von Stunde zu Stunde, die unhaltbare Lage am Weltwirtschaftsmarkt drängt die anderen Staaten förmlich in eine Abwehrfront gegen den einseitigen Nihilismus der Verbündeten. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, man könne Deutschland auf Jahre hinaus zum Weltführer erniedrigen.

Es grenzt an Unerträglichkeit, wenn uns unsere Gegner unterstellen, daß wir die Tribünefrage mit kriegerischen Mitteln lösen wollen. Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen die Gleichberechtigung des Deutschland in der Welt.

Dafür kämpfen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalsozialistischen Bewegung und dafür werden wir mit der Kraft eines von uns auf nationaler Grundlage errichteten Deutschlands kämpfen. Es wurden Nachrichten verbreitet, daß ich beabsichtige, demnächst nach Rom oder London zu reisen. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß ich solche Notwendigkeiten ergreifen können.

Unsere Aufgabe ist es, derzeit den weltpolitischen Boden für unsere Politik zu bereiten. Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Nationalsozialismus in der nächsten Zukunft im Reich mit legalen verfassungsmäßigen Mitteln zur Macht kommen wird.

Jede Wahl bringt neue Elemente für den unaufhaltsamen Aufstieg. Wir sind keine Partei im üblichen Sinne des Wortes, sondern wir sind eine mit elementarer Kraft hervordringende Volksbewegung. Die Welt wird reif für den Endkampf im Innern mit dem Marxismus und Bolschewismus. Ein gegen die bolschewistisch-marxistische Weltimmunität des Reichs wird ein neuer gewaltiger Völkerring in der Weltpolitik sein. Es wird nicht nur das Vertrauen in die deutsche Völkerverständnis, sondern auch in den Weltfrieden, sondern auch in politische Hinsicht ein Faktor sein, dessen Preis sich nicht nur und Angelegenheiten betrifft. — In den weltpolitischen Fragen des europäischen Großraums

erklärte Hitler, er könnten nur unter dem Gesichtswinkel unserer Einstellung zu Frankreich beurteilt werden. „In der derzeitigen Lage werden wir“, fuhr Hitler fort.

Den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes unseres Vaterlandes nie aufgeben, ob nun wirtschaftliche Dankschuldenerpläne oder sonstige Interessen von anderer Seite dagegen aufgebracht werden. Ein Krieg europäischer Staaten untereinander ließe heute so viel, wie dem Volkswidrigkeit für und für. Mit dem ersten Anzeichen würde gleichzeitig die bolschewistische Revolution ihre erste Blüthenkarte in den europäischen Hauptstädten aller Länder abgeben.“

Adolf Hitler schloß seine Darlegungen mit den Worten: „Ich bin glücklich, daß heute alle Voraussetzungen für meine Politik bis nahe an die Entscheidung gediehen sind. Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland bedeutet nicht nur in unseren Augen, sondern auch schon zum großen Teil im Urteil des deutschfreundlichen Auslandes den Beginn einer neuen Ordnung im Innern und einer neuen Wendung in der Weltpolitik. Ein nationalsozialistisches Deutschland wird und muß die Liquidierung der Schande des 9. November 1918 bringen.“

Beschlagnahme eines nationalsozialistischen Lieberbuchs

Freitag, 11. Dez. Am Donnerstagabend erschien bei der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“ „Kriminalpolizei und Beschlagnahme auf telephonische Anordnung des Amtsanwalts, daß im Verlag der „Tageszeitung“ erschienene Lieberbuch der Schleswig-Holsteinischen SA. Es wurden etwa 10000 nicht gebundene Exemplare beschlagnahmt. Außerdem wurden die Platten und Formen vernichtet. Die bereits fertiggestellten Bücher wurden in einer Buchhandlung in Altona beschlagnahmt.

Die Gegensätze in den Stillhalteverhandlungen

London, 11. Dez. Anlässlich des Beginns der Stillhalteverhandlungen in Berlin weist der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ auf die gegensätzlichen Auffassungen hin, die zwischen den deutschen Banken und ihren ausländischen Gläubigern bestehen.

Der Standpunkt der deutschen Bankvertreter wird dahin wiedergegeben, daß das Abkommen um sechs Monate verlängert werden muß. Danach sollen dann Ratenzahlungen einsehen, die sich auf zehn Jahre verteilen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß Deutschland keine Reparationen zu leisten hat und sich einen hinreichend hohen Ausfuhrüberschuss aufweisen kann.

Die französischen Bankiers ihrerseits würden zunächst auf einer neuen Untersuchung und Klärung der verschiedenen Kreditarten bestehen und vorziehen, daß nur gewisse Arten für baldige Rückzahlung in Frage kämen, während der Rest als verhältnismäßige „Kleinteile“ zu behandeln seien, die entweder gestrichelt werden sollten oder zu einem wesentlichen späteren Zeitpunkt zurückzahlen seien.

Die englischen und amerikanischen Bankiers sollen sich mit einer Erneuerung des Abkommens auf sechs Monate einverstanden erklären.

worauf ein neues Abkommen abzuschließen wäre. Sie wollen Deutschland keine Hoffnung machen oder versprechen, die zurückgelassenen Kredite baldigst in langfristige Anleihen umzuwandeln, sondern sich für eine schrittweise Amortisierung der Kredite in halbjährlichen Raten einsehen, wobei der Zinssatz, beginnend mit 5 v. H., allmählich herabgesetzt werden sollte.

Beginn der Verhandlungen

Berlin, 11. Dez. Um 11 Uhr begannen in den Räumen der Reichsbank die Stillhalteverhandlungen zwischen dem Ausschuss der deutschen Schuldner und den ausländischen Gläubigern. An den Verhandlungen nehmen von deutscher Seite Dr. Heides von der Berliner Handelsgesellschaft, Dr. Schiller von der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, Geheimrat Rahl vom Reichsverband der deutschen Industrie und Reichsbankdirektor Buch sein. Wahrscheinlich werden auch einige Beamte der Reichsbank den Sitzungen beiwohnen. — Amüsante Mitteilungen über die Sitzungen werden nicht erfolgen, da die Verhandlungen als „retra privae“ bezeichnet werden.

Weg für eine internationale Schuldenkonferenz

London, 11. Dez. Der Staatssekretär des amerikanischen Schatzamtes, Mellon, hat einer Erwähnung während der Verhandlungen in Berlin erklärt, daß er den Vorstoß einer internationalen Schuldenkonferenz unterstützen würde.

Das Volksbegehren in Sachsen

Stand vom 10. Dezember einschließlich

	Nach Volksbegehren bezügl. Stimmen	Stimmen abgegebene
Dresden	49 424	27 975
Dresden	50 355	17 358
Chemnitz	24 703	46 203
Leipzig	7 848	12 700
Zwickau	5 762	5 736
Meißen	3 316	2 023
Berlin	2 227	1 779
Bautzen	2 701	1 070
Freiberg	2 480	2 800
Großhain	870	752
Altena	2 770	1 698
Oberweitzsch	160	233
Für ganz Sachsen	221 156	

Die Listen zur Eintragung liegen noch bis einschließlich Dienstag den 15. Dezember aus.

Geschlechterte Verhandlungen in Darmstadt

Darmstadt, 11. Dez. Den heftigen Nationalsozialistischen ist seit vom Zentrum eine ausführliche Antwortung ihrer Ministerforderungen ausgegangen. Nach mancherlei Zugeständnissen — immer mit vielen Bedenken und Einschränkungen verbunden — wird zum Schluss erklärt, das heftige Zentrum müsse nachdrücklich auch weiterhin Brüning's Außenpolitik aktiv unterstützen. — Dazu schreibt der „Düsseldorfer Beobachter“ in München: Aus dieser Erklärung ist nur so viel zu entnehmen, daß sich das Zentrum auf das Verhandeln verlegen will. Die nationalsozialistische Fraktion des heftigen Landtages hat aber ausdrücklich erklärt, daß ihre zwölf Punkte als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden müßten. Unter diesen Umständen ist auch jede ausweichende Antwort gleichbedeutend mit einer Ablehnung.

In der heutigen zweiten Sitzung des heftigen Landtages wurde die Wahl des Staatspräsidenten von der Tagesordnung abgelehnt.

Japan „zur Abrüstung gezwungen“

Tokio, 11. Dez. Die japanische Presse veröffentlicht eine amtliche Stellungnahme zur bevorstehenden Abrüstungskonferenz, die die Anweisungen des Kriegs- und des Außenministeriums an die japanischen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz enthält. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß die Abrüstung eines jeden Landes durch „besondere Umstände“ bedingt sei. Für Japan komme eine Abrüstung aber auch nur eine Verringerung der Rüstungen nicht in Frage. Japan habe bezüglich seines Kriegsmaterials und seiner Kriegsmittel weit hinter den übrigen Ländern zurück und sei deshalb zur Abrüstung gezwungen. Japan verlange das Recht, eine Flotte zu unterhalten, deren Leistungsfähigkeit 70 v. H. der amerikanischen und 80 v. H. der englischen Flotte betrage. Die Landstreitkräfte könnten um 50 v. H. verringert werden, da ihre Stärke schon auf ein Mindestmaß gebracht worden sei.

Die Anweisungen haben in Tokio großes Aufsehen erregt. Die Militär veröffentlichten Artikel, in denen unter Hinweis auf den Mandchurienkrieg festgestellt wird, daß Japan seine militärische Macht zum Schutz seiner Interessen brauche und deshalb von einer allgemeinen Abrüstung nicht sprechen könne. Eine Regierung, die einen solchen Schritt gütigen würde, bestünde nicht das Vertrauen des Volkes.

Tokio, 11. Dez. Das Kabinett ist zurückgetreten. Die Krise scheint mehr durch finanzielle und wirtschaftliche Ursachen, als durch die diplomatische Lage bedingt worden zu sein. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Politik Japans gegenüber China eine Wendung erfährt.